Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 28 (1978)

Heft: 3

Artikel: Die Berichte der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen "Machtergreifung" in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934

Autor: Martig, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-80793

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

collèges, précise-t-il, ni la piété ni l'éloquence. La «pietas literata» de Jean Sturm, inspirateur des collèges de la Réforme, n'y a plus droit de cité.

Cette attitude de Bovet, en parfaite harmonie avec l'esprit de Grandchamp, apparaît aussi dans une de ses plus brillantes conférences, *Pédagogie religieuse et éducation fonctionnelle* (Lausanne, 1942). Distinguant avec soin, selon le Nouveau Testament, l'«animal» du «spirituel» et le «psychique» du «pneumatique», il montre avec la maîtrise et l'aisance qui sont les siennes, allant de Calvin ou Saint-Cyran à Ernest Naville et au père Girard en passant par Rousseau et Pestalozzi, que la confusion des idées ne rend service à personne et que les pédagogues chrétiens ont tort quand ils méprisent la psychologie, car elle ne les empêche nullement de placer l'amour que commande leur Maître au centre de leur activité.

Et Bovet ne manque pas, à l'appui, de citer l'exemple de César Malan, au Collège de Genève, qui alliait à la théologie calviniste la plus orthodoxe la méthode pédagogique la plus progressiste, la plus active, et qu'une Eglise plus rationaliste que lui – étrange libéralisme! – fit destituer.

DIE BERICHTE DER SCHWEIZERISCHEN DIPLOMATEN ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN «MACHTERGREIFUNG» IN DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 1933 UND 1934[1]

Von Peter Martig

Nachdem in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die meisten ausländischen Archive ihre Aktenbestände der historischen Forschung zugänglich gemacht haben und eine kaum mehr überblickbare Flut von Publikationen über Hitler und das Dritte Reich entstanden ist, mag sich die Frage erheben, welchen Sinn eine Arbeit wie die vorliegende, in deren Mittelpunkt die jetzt erst greifbar gewordene schweizerische diplomatische Korrespondenz steht, haben kann. Die politische Berichterstattung der Briten, Franzosen, Italiener usw. ist längst bekannt. Ausser der Klärung einiger Detailfragen sind von den entsprechenden schweizerischen Quellen kaum mehr spektakuläre Ergebnisse zu erwarten.

Es gibt indessen gewichtige Gründe, die *für* eine genaue Untersuchung der schweizerischen diplomatischen Korrespondenz der dreissiger Jahre spre-

[1] Der vorliegende Aufsatz ist aus der gleichlautenden Dissertation hervorgegangen, die unter der Leitung von Prof. W. Hofer an der Universität Bern entstand.

chen: Einmal sind noch längst nicht alle Fragen um Hitlers nationalsozialistischen Staat geklärt; ja es sind um verschiedene Probleme der NS-Diktatur gerade in jüngster Zeit wiederum heftige Kontroversen entbrannt[2]. Die Beurteilung der Vorgänge um und nach dem 30. Januar 1933 durch die diplomatischen Vertreter eines neutralen Staates, der sich bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches eine weitgehende Unabhängigkeit wahren konnte, kann denn auch für die heutige Forschung von nicht geringem Interesse sein.

Weiter wird die diplomatische Korrespondenz der Schweiz auch in Zukunft in ihrer Gesamtheit nur im Bundesarchiv in Bern eingesehen werden können. In der geplanten Aktenpublikation zur schweizerischen Aussenpolitik[3] werden die Gesandtschaftsberichte jedenfalls nur bruchstückweise veröffentlicht werden können. Es wird also weiterhin einzelnen Detailstudien überlassen sein, die Berichte und Analysen der Schweizer Diplomaten zu den Ereignissen im Ausland einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Schliesslich werden – die im Frühjahr und Sommer 1976 erschienene Serie von Artikeln in verschiedenen schweizerischen Zeitungen bestätigt dies[4] – manche im Zusammenhang mit den deutsch-schweizerischen Beziehungen der Jahre 1933–1945 stehenden Fragen selbst in der Schweiz noch heute so leidenschaftlich diskutiert, dass auch von diesem Gesichtspunkt aus eine eingehende Auseinandersetzung mit den Berichten der Dinichert, Frölicher usw. durchaus gerechtfertigt erscheint.

Die politischen Berichte der schweizerischen Gesandtschaften im Ausland eignen sich, wie bereits eine erste Durchsicht des Quellenmaterials zeigte, kaum für eine lückenlose chronologische Aufzeichnung der Vorgänge und Ereignisse der Jahre 1933 und 1934. Zwar berichteten die schweizerischen Gesandten über die meisten wichtigen Fragen jener Zeit, doch konnten sie sich unmöglich zu allen – zum Teil erst in der Rückschau in ihrer Bedeutung voll erkannten – Vorgängen äussern. Es erschien deshalb vorteilhaft, die jeweiligen Stellungnahmen der schweizerischen Vertretungen anhand von ausgewählten Fragenkomplexen zu ermitteln. Fünf davon sollen im folgenden näher untersucht werden. Im Zentrum der Un-

---

[2] Auf zwei dieser Kontroversen (Reichstagsbrand und Frage nach der Planmässigkeit der NS-Innen- und -Aussenpolitik) wird im vorliegenden Aufsatz noch näher einzugehen sein.

[3] *Documents Diplomatiques Suisses.* Edition der Akten des Bundesarchivs zur schweizerischen Aussenpolitik. Unter dem Patronat der AGGS.

[4] Vgl. G. KREIS, *General Guisan und die Mission Burckhardt 1940/41.* In: *NZZ*, Nr. 31, 7./8. Februar 1976; – M. KÖNIG, *Der Fall Minister Frölicher.* In: *NZZ*, Nr. 69, 23. März 1976; – H. BÜTLER, *Merkwürdige Konstellationen.* In: *NZZ*, Nr. 79, 3./4. April 1976; – J. W. BRÜGEL, *Nochmals: Der Fall Minister Frölicher.* In: *NZZ*, Nr. 103, 4. Mai 1976; – H.-R. HILTY, *Aus den Papieren einer Unperson der schweizerischen Zeitgeschichte.* In: *Die Weltwoche*, Nr. 9–15, 3. März bis 14. April 1976 (und Nr. 19, 12. Mai 1976). G. KREIS, *General Guisan, Minister Frölicher und die Mission Burckhardt 1940.* In: *SZG* 1/2, 1977, S. 99f.

tersuchungen stehen dabei fast zwangsläufig die Meldungen der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. In Berlin liefen die Fäden der deutschen Politik zusammen; wenn überhaupt irgendwelche Informationen über die Vorgänge im Dritten Reich zu erhalten waren, dann ohne Zweifel in der deutschen Hauptstadt[5].

Paul Dinichert und Hans Frölicher – zwei Schweizer Diplomaten in Berlin

Der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin beziehungsweise den diplomatischen Vertretern der Schweiz in Deutschland zur Zeit von Hitlers NS-Regime muss also das Hauptaugenmerk der nun folgenden Untersuchung gelten. Im Brennpunkt des Interesses stehen dabei die beiden Vorsteher der Gesandtschaft von 1933 bis 1945, Paul Dinichert und Hans Frölicher. Beide gerieten zum Teil bereits während ihrer Amtszeit ins Kreuzfeuer der Kritik und gaben zu Kontroversen Anlass, die sich bis hin in jüngste Zeit erstreckten[6].

Sowohl *Paul Dinichert* als auch Hans Frölicher sind durch Edgar Bonjour in dessen «Geschichte der schweizerischen Neutralität» eingehend charakterisiert worden. Paul Dinichert wird dabei durch Bonjour äusserst positiv beurteilt[7]. Dinicherts unbestrittene Fähigkeiten, seine Erfahrung im diplomatischen Dienst und seine Intelligenz kommen in Bonjours Darstellungen zu Recht zur Geltung. Seine kompetenten Kommentare und Analysen, seine Fähigkeit, die Dinge vorauszusehen und seine wertvolle Funktion als verlässlicher Berater des schweizerischen Bundesrates werden von Professor Bonjour voll gewürdigt.

Wie 1974 bereits der Westschweizer Historiker Daniel Bourgeois kurz andeutete[8], wird indessen das Bild, das Bonjour vom Chef der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin von 1933 bis 1938 gab, nur *der einen Seite* von Dinicherts äusserst vielschichtiger Persönlichkeit gerecht. Dinichert *war*, daran zweifelt niemand, ein glänzender Informator des Bundesrates. Seine Berichte nach Bern sind – selbst gemessen am heutigen Forschungsstand – von bemerkenswertem Gehalt und bezeugen seine ausserordentlichen Qualitäten.

Daneben war Dinichert aber ein Mann von äusserst schwierigem Charakter, worunter nicht nur seine Mitarbeiter in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin schwer zu leiden hatten: Dinichert war aufbrausend, extrem pedantisch, rechthaberisch[9]. Über seine «Sparsamkeit» und seine

---

[5] In der Dissertation, die dem vorliegenden Aufsatz zugrundeliegt, wurden überdies die Berichte aus London, Paris, Rom und Wien berücksichtigt.

[6] Vgl. Anm. 4.

[7] E. BONJOUR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität. Band III*, S. 41 ff.

[8] D. BOURGEOIS, *Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes.* In: *Relations Internationales* I/1974, S. 194 ff.

[9] Persönliche Mitteilung Dr. E. Feers an den Verfasser.

«forsche Art» im Umgang selbst mit hohen Vertretern des Dritten Reiches kursierten in Berlin die verschiedensten Anekdoten. Als Chef war Dinichert unbeliebt; seine Mitarbeiter in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin standen ausnahmslos gegen ihn. Sein oft taktloses Auftreten, sein Glaube, sein Amt verpflichte ihn dazu, den Naziführern immer wieder «mit der pedantischen Gründlichkeit und der Überheblichkeit eines Volksschullehrers»[10] die Gefährlichkeit ihrer Machtpolitik vor Augen zu führen, attestieren dem Schweizer Diplomaten zwar zweifellos viel Mut, bewirkten aber, dass er bei verschiedenen hohen Staats- und Parteistellen in Deutschland ein äusserst ungern gesehener Gast war[11]. Nicht selten nahm man ihn denn – wozu nicht zuletzt seine äussere Erscheinung beigetragen haben mag – bei den zuständigen Stellen, so etwa im Auswärtigen Amt, ganz einfach nicht ernst, ja verlachte ihn heimlich[12].

Dinicherts Schwierigkeiten als Diplomat in Berlin waren, wie ein entsprechendes Dokument der Reichskanzlei dies andeutet[13], den massgebenden deutschen Stellen durchaus bekannt. Er geniesse, so wurde in diesem geheimen Dokument festgestellt, «unter seinen Kollegen kein allzu grosses Ansehen». Er gelte als «wenig seriös»[14] und wirke «wohl auch zuweilen als etwas komische Figur». Davon abgesehen, so fährt der erwähnte Bericht fort, habe «Dinichert auch in der Schweiz und unter Schweizern viele Feinde. Dazu gehört in erster Linie das Personal seiner Gesandtschaft, das über seine Einstellung gegen seinen Chef kein(en) Hehl macht. Der Umstand, dass der langjährige Schweizer Legationsrat in Berlin, Herr Frölicher, jetzt als Personalchef im Berner Bundesamt Dienst tut, spricht auch dafür, dass in der Schweiz Kräfte am Werk sind, die an einer Abberufung D.'s von Berlin interessiert sind. Viele Schweizer werfen zudem D. vor, dass er als Sohn eines Lothringers mehr Franzose als Schweizer sei[15]. D. war vor seiner Berufung auf den Berliner Posten Leiter des Schweizer Aussenamts unter Bundesrat Motta, der D. persönlich als pflichttreuen und zuverlässigen Beamten schätzt. Es ist daher durchaus möglich, dass D. im Fall seiner Abberufung aus Berlin mit einem wichtigen Amt im Schweizer Innendienst betraut würde. Als Vertreter der Schweiz in Berlin ist er auch schon in andern Schweizer Blättern ziemlich stark kritisiert worden[16]. Seine Stellung als Ge-

---

[10] Persönliches Schreiben Dr. E. Feers an den Verfasser.

[11] Persönliche Mitteilungen Dr. E. Feers und Dr. F. Kappelers an den Verfasser.

[12] Persönliche Mitteilungen Dr. E. Feers und Dr. F. Kappelers an den Verfasser.

[13] *Bericht der Reichskanzlei über den Schweizer Gesandten Dinichert vom 11. Dezember 1935. Reichskanzlei, R 43 II/1495.* Bundesarchiv Koblenz.

[14] Diese Einschätzung Dinicherts entspricht nicht den Tatsachen. Der schweizerische Gesandte war, wie alle seine Mitarbeiter bestätigen, extrem arbeitsam und gründlich.

[15] Die Auffassung, dass sich Dinichert «immer als Franzose den Deutschen gegenüber» gefühlt habe, vertritt auch der ehemalige Legationsrat in Berlin Dr. E. Feer.

[16] Der zitierte Bericht der Reichskanzlei stützt sich u. a. auf einen Artikel der Basler Nationalzeitung.

sandter der Schweiz in Berlin kann daher nicht als besonders fest bezeichnet werden»[17].

Festzuhalten bleibt also, dass Dinichert in seiner Berliner Gesandtschaft ein unbeliebter Chef war, dass der Gesandtschaftsbetrieb unter seiner wenig umgänglichen Art nicht unerheblich litt und dass auch sein Verhältnis zu den Kollegen vom diplomatischen Dienst eher zwiespältig war. Dazu war sein Ansehen und seine Autorität bei den massgebenden deutschen Stellen gering, was um so schwerer wog, als sein Vorgänger, Minister Rüfenacht, gerade im AA ausserordentlich geschätzt worden war[18]. Seine politischen Berichte verfasste Dinichert sozusagen im Alleingang; seine beste Informationsquelle war dabei der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet[19], zu welchem er als einzigem ausländischen Diplomaten in Berlin regelmässige Beziehungen unterhielt[20]. Die Zusammenarbeit Dinicherts mit den übrigen Mitgliedern der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin war hingegen so gering, dass zum Beispiel sein engster «Mitarbeiter», Legationsrat Feer, keine Ahnung davon hatte, was sein Chef im einzelnen in seinen politischen Berichten nach Bern meldete[21].

Nur wer Paul Dinicherts kompromisslose Diplomatie der Härte gegenüber Hitler-Deutschland kennt, kann die Forderungen verstehen, die bereits seit der Mitte der dreissiger Jahre vor allem von seiten der schweizerischen Wirtschaft laut wurden und die nach einem schweizerischen Gesandten in Berlin verlangten, der die (wirtschaftlichen) Interessen der Schweiz in Deutschland besser wahrnehmen könne[22].

Nicht zuletzt dem Druck der Wirtschaftsvertreter nachgebend, entschloss sich im Winter 1937/38 der Bundesrat tatsächlich, Minister Paul Dinichert aus Berlin abzuberufen und *Hans Frölicher* mit dem Amt des schweizerischen Gesandten in Deutschland zu betrauen.

Trotz massiver Proteste vor allem von seiten der Parteien der Linken[23] hielt der Bundesrat im Frühjahr 1938 an seinem Entscheid, den früheren Legationsrat nun als Gesandten nach Berlin zu entsenden, fest. Die Landesregierung erhoffte sich durch Frölicher in Berlin eine entscheidende Verbesserung der schwer angeschlagenen deutsch-schweizerischen Beziehungen.

---

[17] *Bericht der Reichskanzlei über den Schweizer Gesandten Dinichert vom 11. Dezember 1935. Reichskanzlei, R 43 II/1495.* Bundesarchiv Koblenz.

[18] Persönliche Mitteilung Dr. F. Kappelers an den Verfasser.

[19] André François-Poncet, 13. Juni 1887 *, 1931–1938 französischer Botschafter in Berlin. Anerkanntermassen bestinformierter ausländischer Diplomat in der deutschen Hauptstadt.

[20] Persönliche Mitteilung Dr. E. Feers an den Verfasser.

[21] Persönliche Mitteilung Dr. E. Feers an den Verfasser.

[22] Vgl. H. HOMBERGER, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg*, S. 63f.; – D. BOURGEOIS, *Milieux d'affaires et politique étrangère suisse à l'époque des fascismes.* In: *Relations Internationales* I/1974. S. 194f.

[23] Vgl. dazu den äusserst scharfen Artikel R. GRIMMS in der *Berner Tagwacht vom 21. Februar 1938:* «Mottas Diplomatie und Politik wird nicht fröhlicher, sie wird immer trauriger.»

Nicht *obwohl* er gute Beziehungen zu Deutschland und zu zahlreichen Nazi-Grössen besass, sondern eben gerade *weil* er solche Verbindungen angeknüpft hatte, war die Wahl auf Frölicher gefallen. So heisst es im Beschlussprotokoll der Sitzung vom 11. Februar 1938 ausdrücklich, der Bundesrat habe sich entschlossen «... d'envoyer comme Ministre de Suisse à Berlin M. le Dr. Hans Frölicher, actuellement Conseiller de Légation et adjoint au chef de la division des Affaires étrangères, qui, au cours d'un précédent séjour dans la capitale allemande, a réussi à nouer d'excellentes relations dans les milieux actuellement au pouvoir. Doué de beaucoup de sens politique, clairvoyant et adroit, M. Frölicher a déjà rendu de grands services dans les fonctions qu'il occupe actuellement grâce aux relations amicales qu'il a nouées, il y a plusieurs années déjà, avec le Ministre d'Allemagne à Berne»[24].

Es gehört wohl ins Kapitel der vielzitierten «Ironie des Schicksals», dass Hans Frölicher bereits kurz nach seinem Amtsantritt gerade all jene Eigenschaften zur Last gelegt wurden, die im Frühjahr 1938 den Ausschlag zu seiner Entsendung nach Berlin gegeben hatten: Seine Einstellung zum Nationalsozialismus und zu verschiedenen hohen Repräsentanten des NS-Staates war vielen Kritikern allzu positiv, seine «Willfährigkeit» für einen Vertreter der Schweiz unangebracht. Insbesondere Frölichers Haltung im deutsch-schweizerischen Pressekonflikt gab immer wieder zu erregten Diskussionen Anlass[25].

Es waren allerdings nicht nur negative Stimmen, die sich zu Frölichers Tätigkeit in Berlin zu Wort meldeten. Vom Standpunkt der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen her betrachtet erschien, wie rückblickend Heinrich Homberger, der ehemalige Delegierte des Bundesrates für Wirtschaftsverhandlungen, feststellte, Frölichers Anwesenheit in Berlin «mit allen (ihren) Schwächen, aber auch Stärken, für die Schweiz vielleicht geradezu (als) ein Glücksfall»[26]. Es sei für die Schweiz vielleicht von grösstem Wert gewesen, «in Berlin durch einen Diplomaten vertreten zu sein, der bei den massgebenden Persönlichkeiten des deutschen Regierungsapparates Ansehen und Sympathien genoss. Das erleichterte es der schweizerischen Verhandlungsdelegation, die mit Minister Frölicher und dessen engsten Mitarbeitern (...) freundschaftlich verbunden war, ihrerseits im sachlich begründeten Widerstand bis zur äussersten Grenze zu gehen»[27].

Es soll an dieser Stelle nicht weiter auf die Kontroverse um Minister

---

[24] *Protokoll der Bundesratssitzung vom 11. Februar 1938 [BAr Band 370].*

[25] Vgl. M. FELDMANN, *Pressepolitik und Presserecht in der Schweiz.* Zürich 1936; – K. WEBER, *Die Schweiz im Nervenkrieg.* Bern 1948 u. a. m. – Neue, gegen Frölicher sprechende Quellen zum deutsch-schweizerischen «Pressekrieg» veröffentlicht in seiner Arbeit über die «*Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz*» (Bern, Stuttgart 1976) K. HUMBEL, vgl. S. 61 ff., insbes. S. 78 ff.

[26] H. HOMBERGER, *Schweizerische Handelspolitik im Zweiten Weltkrieg,* S. 67.

[27] Ebenda S. 66.

Frölicher eingegangen werden; ausführlicher wurde das Thema in der Dissertation, welche dem vorliegenden Aufsatz zugrunde liegt, behandelt. An dieser Stelle soll einzig noch darauf hingewiesen werden, dass das negative Urteil, das in der schweizerischen Geschichtsschreibung zur Zeit in bezug auf Hans Frölicher vorherrscht, durch die vorliegende Studie – zumindest was die beiden Jahre 1933 und 1934 betrifft – *nicht* bestätigt wird. Im Gegenteil, Frölicher hat unmittelbar nach der nationalsozialistischen «Machtergreifung» als militärischer Berichterstatter[28] in Berlin wichtige Arbeit geleistet und hat, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, den aufsteigenden Nationalsozialismus und seine voraussichtliche Dauer vielleicht sogar realistischer eingeschätzt als sein Chef Dinichert. Der Vorwurf, Frölicher habe in den frühen dreissiger Jahren «als Legationsrat in Berlin das Heraufkommen der Hitler-Diktatur miterlebt (...), offensichtlich ohne zu sehen, welche Barbarei mit dem Nationalsozialismus über Deutschland und die Welt hereinbrach»[29], muss aufgrund der hier untersuchten Frölicher-Berichte entschieden zurückgewiesen werden.

Weiter bleibt zu erwähnen, dass die Mehrzahl der ehemaligen Mitarbeiter und Kollegen Frölichers den späteren schweizerischen Gesandten durchaus positiv beurteilt, wobei vor allem die Einschätzung des 1933/34 «Wand an Wand» mit Frölicher arbeitenden Kollegen Dr. E. Feer hervorgehoben werden soll, der rückblickend meint, dass «Frölicher (...) durch und durch Gentleman und ein aufrichtiger Schweizer (war), der das Beste für uns herausholen wollte, aber mit gänzlich anderen Methoden als Dinichert»[30].

Das Hitler-Bild in den Berichten der schweizerischen Diplomaten

Bereits seit längerer Zeit ist in der historischen Forschung bekannt, dass eine grosse Zahl ausländischer Diplomaten in Deutschland in der Anfangsphase des Dritten Reiches hinsichtlich der Beurteilung Adolf Hitlers weitgehend der nationalsozialistischen Propaganda erlegen ist. Die Tatsache, dass Hitler-Deutschland auf aussenpolitischer Ebene auch nach dem 30. Januar 1933 noch immer durch zahlreiche erfahrene Politiker und Diplomaten aus der Weimarer Zeit vertreten wurde[31], und der Umstand, dass der «Führer» durch die NS-Propaganda systematisch als «gemässigter» Politiker, als Überwinder der Wirtschaftskrise und als Retter des deutschen Volkes vor

---

[28] Eigentliche Militärattachés gab es in den schweizerischen Gesandtschaften bis 1937 keine. Vgl. J. GERSTER, *Der Militärattaché. Seine Völker- und landesrechtliche Stellung mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer Verhältnisse.* Zürich 1959.

[29] A. CATTANI, *Der Fall Minister Frölicher (Replik).* In: *NZZ*, Nr. 69, 23. März 1976.

[30] Persönliches Schreiben Dr. E. Feers an den Verfasser.

[31] An erster Stelle ist hier Reichsaussenminister von Neurath zu nennen. Aber auch eine Vielzahl von deutschen Diplomaten im Ausland und Beamte des Berliner Auswärtigen Amtes trugen durch ihr «Ausharren für Deutschland» und «retten, was zu retten ist» nicht unwesentlich zur Unterschätzung des Hitler-Regimes in seiner Anfangsphase bei.

einer drohenden bolschewistischen Gefahr dargestellt wurde, trugen das Ihre dazu bei, dass sich nicht wenige Ausländer in Deutschland zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur ein völlig falsches Bild von der wirklichen Kräfteverteilung in Regierung und NSDAP machten.

Die historische Forschung hat, wie oben kurz angetönt, der wirksamen Beeinflussung der ausländischen Diplomaten durch die NS-Machthaber bereits zur Genüge Rechnung getragen. So schreibt etwa K. D. Bracher in seinem Beitrag zur bisher umfassendsten Studie über die nationalsozialistische «Machtergreifung»[32] sehr pointiert, dass das vielzitierte Paradebeispiel der Irreführung des In- und Auslandes durch die NS-Propaganda, die «Potsdamer Rührkomödie» vom 21. März 1933[33], ihre «Wirkung auch auf ausländische Beobachter, Diplomaten, Journalisten» in seiner «feierlichen Scheinsymbolik»[34] nicht verfehlt habe. Zweifellos seien unzählige Deutsche und Ausländer auf die «willkommene Talentprobe» des neuen Propagandaministers, «der dies Schauspiel erhebender nationaler Einigkeit glänzend inszeniert»[35] hatte, kläglich hereingefallen.

Die schweizerische Geschichtsschreibung hat sich bisher mit der Frage, welches Bild sich die diplomatischen Vertreter unseres Landes von Adolf Hitler gemacht haben, nicht sehr intensiv beschäftigt. Immerhin könnte man aus den einzigen bisher erschienenen Ausführungen zu diesem Thema, den entsprechenden Kapiteln aus Edgar Bonjours «Geschichte der schweizerischen Neutralität», den Eindruck gewinnen, dass wenigstens die schweizerische Diplomatie gegenüber der massiven nationalsozialistischen Propaganda immun geblieben sei. Von Minister Paul Dinichert, dem direkt betroffenen Schweizer Vertreter in Berlin, schreibt Bonjour, dass er «wachsam, scharfäugig und unerschrocken» den Bundesrat «von Anfang an über das wahre Wesen der nationalsozialistischen Herrschaft aufzuklären, ja zu belehren versucht» habe. Mit «unbestechlichem Blick» habe er die Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten durchschaut. Eindringlich habe er dem Bundesrat auseinandergesetzt, dass «die krasse Lüge (...) für die neuen Machthaber zu den anerkannten Methoden im internationalen Verkehr (gehöre). Sie schreckten vor den falschesten Erklärungen nicht zurück, wenn sie glaubten, dass das ihrem politischen Spiel nütze»[36].

---

[32] K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34.* Köln und Opladen 1960.

[33] Am 21. März 1933 wurde mit grossem propagandistischem Aufwand die erste Reichstagssitzung des «Dritten Reiches» gefeiert. An diesem «Tag der nationalen Erhebung» sollte noch einmal dem In- und Ausland vordemonstriert werden, dass der wilde Nationalsozialismus durch den nationalen Konservatismus gebändigt worden sei. Vgl. K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 144 ff.

[34] K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 151.

[35] Ebenda S. 150.

[36] E. Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität. Band III*, S. 41.

Ob tatsächlich Dinichert das «wahre Wesen» der nationalsozialistischen Diktatur «von Anfang an» durchschaut hat, muss nach Durchsicht der Berliner diplomatischen Korrespondenz der Jahre 1933/34 zumindest in Frage gestellt werden. Wohlverstanden, es soll hier nicht zu Gericht gesessen werden über Dinichert. Dinicherts Haltung dem Nationalsozialismus und seinen Repräsentanten gegenüber ist bekannt und kann nicht angezweifelt werden. Dass aber selbst einem eingeschworenen Feind des Nationalsozialismus grundlegende Irrtümer in der Beurteilung der Hitler-Bewegung unterlaufen konnten, soll anhand der nun folgenden Beispiele aufgezeigt werden:

Bereits im ersten Bericht des Jahres 1933, datiert vom 2. Februar 1933, wird deutlich, dass Dinichert – wie viele Diplomaten und Journalisten in Berlin – offenkundige Schwierigkeiten hatte, die Situation in Deutschland nach Hitlers «Machtergreifung» klar einzuschätzen: Vor dem 30. Januar 1933 sei niemand imstande gewesen, die Entwicklung vorauszusehen, jetzt, nach der «Machtergreifung» seien die ersten Reaktionen, die er (Dinichert) feststellen könne, «Kopfschütteln» und die bange Frage «Wie lange mag das wohl dauern?»[37]. Der «Machtergreifung» als solcher und dem gewagten Versuch von Hitlers «nationalen Partnern», den «Führer» der Nationalsozialisten einzukeilen und zu zähmen, stand Dinichert, wie dies nicht anders zu erwarten war, mit äusserster Skepsis gegenüber. Für die Schweiz, so meinte Dinichert, gelte es nun wachsam zu bleiben und, was eventuelle nationalsozialistische Auswüchse betreffe, gleich den Anfängen zu wehren. Was das Ausland, die Schweiz, von der neuen Regierung zu gewärtigen habe, darüber war sich Dinichert in diesem ersten Bericht nach der «Machtergreifung» indessen noch nicht im klaren: «Es gibt in dieser Beziehung viele bekümmerte Leute. Ihnen allen kurzweg zu antworten, dass dies sinnlos ist, möchte ich nicht verantworten. Aber die Suppe wird auch diesmal nicht allzu heiss gegessen werden»[38].

Unmittelbare Gefahr für das Ausland sah also Dinichert in dieser ersten Phase der nationalsozialistischen Diktatur nicht. Und schon gar nicht von Hitler, den er jetzt noch als weit weniger gefährlich ansah als zum Beispiel seine beiden ebenfalls bereits im Rampenlicht stehenden engsten Parteigenossen Göring und Goebbels: «Si ces deux hommes, dont le dernier est un véritable fanatique et l'autre, un morphinomane invétéré, parvenaient à prendre le dessus gouvernementalement, ils seraient vraisemblablement suivis par des troupes nombreuses, fanatisées elles aussi, et nous irions au-devant d'une situation extérieure plutôt inquiétante»[39].

Mit dieser Charakterisierung Görings und Goebbels ist, wie angetönt, gleichzeitig auch die Einschätzung Hitlers in den ersten Monaten der NS-Herrschaft durch den schweizerischen Gesandten Dinichert vorgezeichnet:

---

[37] Dinichert an Motta; Berlin, den 2. Februar 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[38] Ebenda.

[39] Dinichert an Motta; Berlin, 15. März 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr 34]*.

Dinichert hielt Hitler zwar für sehr gefährlich, im Vergleich zu seinen extremistischen Parteigenossen Göring und Goebbels aber für relativ gemässigt: «Ce que l'on peut constater actuellement, mieux que jusqu'ici», schrieb er Mitte März an Bundesrat Motta, «c'est que deux courants se manifestent dans le parti national-socialiste: L'un qui correspond au tempérament de Hitler, cherche à donner des preuves de sagesse politique, de pondération, d'un désir de collaboration et de compréhension à l'égard d'hommes obéissant à des conceptions quelque peu différentes; l'autre courant, obéissant aux injonctions des Göring et des Goebbels, entend briser sans autre tout ce qui résiste ou se différencie»[40].

Diese Einschätzung Hitlers vom März 1933 entspricht ziemlich genau dem Bild, das Minister Dinichert anderthalb Jahre lang in seinen Berichten nach Bern entwarf. Erst Ende Juni 1934 mit dem «Röhm-Putsch» und im Juli desselben Jahres mit der Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss änderte sich Dinicherts Berichterstattung grundlegend. Konnte der schweizerische Bundesrat vor Juli 1934 aufgrund der Meldungen seines Gesandten in Berlin der Meinung sein, dass – bei aller grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus – von zwei Übeln zumindest das kleinere eingetroffen sei und sich Hitler gegenüber seinen weit gefährlicheren Parteigenossen Göring und Goebbels durchgesetzt habe, so verschwanden nun die letzten Zweifel an der Gefährlichkeit und Brutalität des «Führers» schlagartig und kam auch in den Berichten der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin die Abscheu vor Hitler und seinen Mordgenossen deutlich zum Ausdruck.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

Zwei Grundmotive bestimmten Hitlers Handeln auch auf wirtschaftlichen Gebiet: Einmal die Erweiterung des Lebensraumes des deutschen Volkes im Osten Europas, zum andern die Ausmerzung der Juden als Gegner der arischen Rasse und Urheber aller (wirtschaftlichen) Nöte[41].

Beide Ziele waren, dessen war sich Hitler bewusst, nur mit Gewaltanwendung zu erreichen.

Grundsätzlich hatten denn alle Massnahmen, die die nationalsozialistische Führung seit ihrer «Machtergreifung» vom 30. Januar 1933 zur Belebung der deutschen Wirtschaft ergriff, nur einen, vorerst streng geheim gehaltenen Sinn: Die Vorbereitung eines zukünftigen Eroberungskrieges[42]. «Wehrhaftmachung» stand als Schlüsselwort über allen getroffenen Entscheidungen;

---

[40] Ebenda.

[41] W. FISCHER, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*. 3. Auflage, Opladen 1968, S. 54; – D. PETZINA, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*. Stuttgart 1968, S. 20; – K. HARDACH, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. Göttingen 1976, S. 66 u. a.

[42] W. FISCHER, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, S. 61.

ob Bau von (strategisch wichtigen) Autobahnen und Kanälen, ob Riesenaufträge an die Industrie, alle Anordnungen unterstanden dem einen und höchsten Prinzip: «Alles für die Wehrmacht[43]!»

Die zum Zwecke der Wirtschaftsförderung beziehungsweise der Finanzierung der Wiederaufrüstung angewandten Mittel waren – insbesondere seit dem Amtsantritt des neuen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht im April 1933 – oft alles andere als theoriekonform. Weder wurde auf die Rückwirkungen der getroffenen Entscheidungen auf das Ausland geachtet – Deutschland entwickelte sich ohnehin immer stärker zu einem «geschlossenen Handelsstaat[44]» –, noch nahm Hitler auf die Auswirkungen seiner wirtschaftlichen Sofortmassnahmen auf längere Sicht in Deutschland selber Rücksicht. In den Augen vieler Wirtschaftsexperten musste denn eine solche Wirtschaftspolitik mit Geldvermehrung, eingeplanter Staatsverschuldung und zum Teil jenseits der Grenze der Legalität geführten Finanztransaktionen[45] zwangsläufig früher oder später in einer Katastrophe enden.

All diesen Prognosen zum Trotz sprachen in den Jahren 1933 und 1934 nicht wenige Anzeichen und wirtschaftliche Trends *für* Hitler und seine Wirtschaftspolitik[46]: Die industrielle Produktion stieg kontinuierlich an, die Arbeitslosen-Ziffern begannen zum erstenmal seit Jahren wieder zu sinken. Die Frage, ob es sich, wie viele glaubten, dabei um eine vorübergehende Besserung handelte, oder ob tatsächlich Hitlers Gewaltmassnahmen zum Erfolg zu führen begannen, blieb vorerst unbeantwortet. Ein Urteil darüber abzugeben – obwohl sich selbst Wirtschaftsexperten stritten –, war unter anderm die schwere Aufgabe der ausländischen Diplomaten in Deutschland. Welche Beobachtungen dabei die schweizerische Gesandtschaft in Berlin machen konnte und welche Schlüsse die schweizerischen Diplomaten aus ihren Feststellungen zogen, soll Gegenstand des nun folgenden Abschnitts sein:

Bereits im Mai 1933 liess der schweizerische Gesandte in Berlin, Paul Dinichert, keine Zweifel darüber offen, dass *diese* Art der Krisenbekämpfung, wie sie nun die deutsche Regierung betrieb, nicht zu einer langfristigen Gesundung der Wirtschaft führen könne. Noch gebe es in Deutschland 5½ Millionen Arbeitslose. Die Regierung unternehme zwar alles, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, doch handle es sich dabei zu einem grossen Teil um «künstlich» geschaffene Stellen. Wer sollte denn, so fragte sich der schweizerische Gesandte, all diese Strassen, Wasserwege, Eisenbahnen und Wohn-

---

[43] Ebenda.

[44] D. PETZINA, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, S. 18, S. 20.

[45] Vgl. auch. E. BONJOUR, *Geschichte der schweizerischen Neutralität, Band III*, S. 43f., wo die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Schweiz dargestellt werden.

[46] Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch in Deutschland der Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise bereits überwunden war, dass sich 1933 – unabhängig von den Massnahmen der deutschen Regierung – ganz allgemein eine leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage abzuzeichnen begann. Vgl. C. P. KINDLEBERGER, *Die Weltwirtschaftskrise*. dtv-Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert Band 4. München 1973. S. 241, u. a.

bauten finanzieren? Zwangsanleihen und Vermögensabgaben könnten zwar eine vorübergehende Besserung der Wirtschaftslage herbeiführen; eine Konsolidierung auf lange Sicht erwartete Dinichert hingegen von solchen Methoden nicht[47].

Und doch traf in den folgenden Monaten gerade das ein, woran niemand zu glauben wagte und was angesichts der beklagenswerten Finanzlage des Reiches auch nicht vorauszusehen war: Durch ein ausgeklügeltes Finanzierungs- und Kreditschöpfungssystem, auf dessen Einzelheiten und Gefahren hier nicht im Detail eingegangen werden kann[48], schuf der neu ernannte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht innerhalb kürzester Zeit die finanzielle Grundlage für ein gross angelegtes Aufrüstungsprogramm. Staat und Reichswehr erteilten riesige Aufträge an Industrie und Baugewerbe. Durch die Verkoppelung von Aufrüstung und Krisenbekämpfung ging gleichzeitig die Arbeitslosigkeit in Deutschland erheblich zurück:

Arbeitslosenziffern in Deutschland (Jahresdurchschnitt)[49]

1929: 1,9 Mio	1933: 4,8 Mio
1930: 3,1 Mio	1934: 2,7 Mio
1931: 4,5 Mio	1935: 2,2 Mio
1932: 5,6 Mio	

So kam man denn auch in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin noch im Laufe des Jahres 1933 zur Erkenntnis, dass Hitlers Krisenbekämpfungs-Programm, wenigstens *kurzfristig* gesehen, doch nicht so erfolglos sei, wie ursprünglich angenommen. Die nationalsozialistische Regierung werde sich, so urteilte Minister Dinichert am 15. Mai 1934, trotz aller wirtschaftlichen Probleme wohl vorläufig behaupten können. Die Schwierigkeiten der Regierung seien zwar nicht kleiner geworden und die wirtschaftlichen Aussichten seien noch immer ungünstig; dennoch sei nicht damit zu rechnen, dass in allernächster Zeit ein Sturz der bestehenden Regierung erfolgen werde: «Certes, les difficultés actuelles et prochaines de l'Allemagne sont grandes; elles pourraient même bien aller en augmentant. Mais pour le moment, *disons pour un an ou deux*, le régime paraît vraiment avoir les moyens de tenir tête à tout danger sérieux. C'est, avant tout, la situation économique qui, dans les temps prochains, décidera de son sort. Or le gouvernement actuel se montre absolument décidé à vouloir lutter par tous les moyens contre le désarroi dans l'ordre économique et social. Sans doute, là aussi, pourra-t-il être amené à prendre, peut-être du jour au lendemain, des décisions de la plus grande portée»[50].

---

[47] Dinichert an Motta; Berlin, 11. Mai 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[48] Bekanntestes Mittel zur Kreditschöpfung waren Schachts «Mefo-Wechsel». Vgl. dazu K. D. BRACHER, W. SAUER, G. SCHULZ, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, S. 664; – W. FISCHER, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, S. 69f.; – K. HARDACH, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, S. 76.

[49] Angaben aus W. FISCHER, *Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945*, S. 108.

[50] Dinichert an Motta; Berlin, 15. Mai 1934 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 35]*.

Mit dieser für die NS-Wirtschaftspolitik – und indirekt auch für den Fortbestand der Hitler-Regierung – pessimistischen Prognose vertrat Minister Dinichert, wie oben erwähnt, eine Theorie, die 1933/34 weit verbreitet war. Auch die Schlüsse, die der schweizerische Gesandte aus den gemachten Beobachtungen zog, nämlich, dass der Hitler-Regierung keine allzu lange Amtszeit bevorstehe, entsprachen der Meinung nicht weniger seiner Kollegen vom diplomatischen Dienst. Bis hinauf in höchste Regierungsstellen in Frankreich war beispielsweise – wie Dinicherts Kollege André François-Poncet bestätigt[51] – 1933/34 die Auffassung zu vernehmen, dass die NS-Regierung an ihren eigenen wirtschaftlichen Versprechungen scheitern werde und die Tage Hitlers als Reichskanzler gezählt seien.

Dinicherts Einschätzung der Lage war also zweifellos unrichtig. Dennoch kann es, in Anbetracht der Komplexität des wirtschaftlichen Themas und im Hinblick auf die Tatsache, dass seine Interpretation durchaus den geltenden Wirtschaftstheorien entsprach, nicht angehen, den Schweizer Diplomaten vorbehaltlos zu verurteilen. Was allerdings in diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, ist, dass offenbar nicht alle Mitglieder der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin Dinicherts Auffassung geteilt haben. So lauteten – was bei der bereits erwähnten mangelnden Koordination in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin leicht möglich war – die Berichte, die Legationsrat Hans Frölicher in Abwesenheit seines Chefs Dinichert nach Bern sandte, in der Frage der Einschätzung der Dauer des NS-Regimes wesentlich anders als diejenigen des Schweizer Gesandten selber. Bereits im Sommer 1933 widersprach, die Lage in Deutschland wohl um einiges realistischer einschätzend, Legationsrat Frölicher der Dinichert-These («... disons pour un an ou deux ...») deutlich, indem er Bundesrat Motta eindringlich darauf aufmerksam machte, dass «der Nationalsozialismus in Deutschland eine Tatsache (sei), mit der man nun einmal für längere Zeit zu rechnen haben (werde)»[52], womit ein weiteres Mal bewiesen sein dürfte, dass Frölicher wohl doch nicht mit so vollkommener Blindheit geschlagen war, wie zahlreiche Kritiker dies heute behaupten.

Die nationalsozialistische Judenpolitik

Über die Haltung der Schweiz gegenüber nationalsozialistisch verfolgten Juden ist in den vergangenen Jahren viel diskutiert und geschrieben worden[53]. Es kann hier nicht der Ort sein, die ganze Problematik noch ein-

---

[51] A. François-Poncet, *Botschafter in Berlin 1931–1938*. Berlin, Mainz 1968, S. 203.

[52] Frölicher an Motta: Berlin, 7. Juli 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[53] Vgl. E. Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität. Band III*, S. 299ff.; – C. Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*. Bern 1966; – A. Häsler, *Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933–1945*. 2. Auflage. Zürich 1968 u. a.

mal aufzurollen. Immerhin ist es interessant zu wissen, wie die schweizerischen diplomatischen Vertreter in Berlin das Juden-Problem einschätzten, wie sie den Bundesrat darüber informierten und – ein besonders wichtiger Aspekt – welche Schlüsse die schweizerische Regierung aus den Meldungen aus Berlin zog.

Die ersten organisierten Ausschreitungen gegen die Juden erlebte Deutschland schon zwei Monate nach Hitlers «Machtergreifung». Ein «Komitee der nationalsozialistischen Partei zur Abwehr gegen die Greuelpropaganda im Auslande» rief für den 1. April 1933 zu einem ganz Deutschland betreffenden allgemeinen Boykott aller jüdischen Geschäfte auf. Grosse Unruhe herrschte, so stellte Minister Dinichert fest, unter den Juden im Deutschen Reich.

Spontan wies Dinichert in seinem Bericht vom 31. März 1933 darauf hin, dass sich dieser nicht von behördlicher Seite inszenierte Boykott mit gewissen völkerrechtlichen Grundsätzen kaum in Einklang bringen lasse. Zweifellos handle es sich hier um die «bisher bedenklichste Erscheinung der sog. nationalen Erhebung»[54]. Die deutsche Regierung habe erklärt, *nichts mit dem Boykott zu tun zu haben* und momentan ausserstande zu sein, etwas dagegen zu unternehmen. Sie gebe deshalb einer «organisierten Bewegung» gegenüber einer unorganisierten doch den Vorzug[55].

Im weiteren versprach Dinichert am 31. März 1933, dass die schweizerische Gesandtschaft angesichts der besorgniserregenden Lage wachsam bleiben wolle. Es falle ihm, so gab er zu, nicht leicht, zuversichtlich zu bleiben. Die Rechte der Schweizer in Deutschland sollten indessen durch den bevorstehenden Boykott in keiner Weise beeinträchtigt werden. Der schweizerische Gesandte selber habe im Auswärtigen Amt vorgesprochen und die formelle Antwort erhalten, dass die Ausländer in Deutschland in ihrer Person und ihrem Eigentum unbehelligt bleiben würden.

Zweifellos wird Dinichert in seinem Bericht vom 31. März 1933 der Problematik der nationalsozialistischen Judenpolitik nicht gerecht. Zugegeben, verglichen mit der systematischen Ausrottung der jüdischen Bevölkerung in den deutsch besetzten Gebieten nach Kriegsbeginn mögen die nationalsozialistischen Aktionen der Jahre 1933/34 noch harmlos erscheinen. Der Schwerpunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik lag hier noch hauptsächlich auf der «seelischen Zermürbung der Juden, ihrer moralischen, sozialen und rechtlichen Diskriminierung[56]». Der Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung war jedoch gemacht, genauso wie die Tendenz, die Tragweite des nationalsozialistischen Tuns zu unterschätzen, bereits jetzt vielerorts – nicht nur in der schweizerischen Gesandtschaft – vorhanden war.

Dass die Gefahr, die Auswüchse der NS-Judenpolitik zu verharmlosen und allzusehr auf den Einfluss der angeblich einflussreichen «mässigenden

---

[54] Dinichert an Motta; Berlin, 31. März 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[55] Ebenda.

[56] C. LUDWIG, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, S. 31.

Kräfte» in der Regierung zu vertrauen, im Frühjahr 1933 in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin vorhanden war, zeigt im übrigen auch der Zusatz, den Minister Dinichert seinem Schreiben vom 31. März 1933 anfügte: «... denn in der Tat ist es im jetzigen Augenblicke so, dass man nicht mehr weiss, wer hier regiert, ob die Regierung oder die Partei. Man muss sich bei diesem Zustande schon fragen, wie lange noch gewisse Mitglieder des Kabinetts die Mitverantwortung für ein derartiges Regieren werden tragen können. Anderseits stellt ihr Verbleiben an ihrem schwierigen Posten eine der wesentlichsten Garantien dafür dar, dass die radikale Strömung im Kabinett nicht vollends die Oberhand gewinnt. Vorderhand haben *die besonnenen Elemente* doch erreicht, dass für einmal der Boykott auf den heutigen Tag beschränkt wird[57].»

Nach dem eben erwähnten Bericht vom 31. März 1933 trafen aus Berlin während längerer Zeit keine politischen Berichte, die sich grundsätzlich mit dem Juden-Problem auseinandersetzten, in Bern ein. Gerade dieses Fehlen kritischer Analysen und die Tatsache, dass die wenigen vorhandenen Hinweise zum Juden-Problem nach dem 1. April 1933 eindeutig die Tendenz aufwiesen, den Bundesrat zu beruhigen und auf eine Besinnung der deutschen Reichsregierung zu vertrösten, lässt doch den Schluss zu, dass Dinichert die Tragweite der nationalsozialistischen Judenpolitik in dieser Anfangsphase des Dritten Reiches nicht erkannt hat. Verschiedene weitere Äusserungen des schweizerischen Gesandten bestätigen diese Vermutung, so der Bericht vom 11. Mai 1933, in dem Dinichert, auf die NS-Innen- und Aussenpolitik im allgemeinen anspielend, festhielt: «Ich habe das Gefühl, dass man sich von den vielen begangenen Fehlern, vorab in internationaler Beziehung, Rechenschaft zu geben beginnt, obschon man weiterhin, vielleicht aus Beharrungsvermögen, weitere Fehltritte tut. So zweckentsprechend und erfolgreich sich die Staatspropagande im Innern ausgewirkt hat, so verderblich hat sie bisher im Auslande gehaust. – Die internationale Isolierung seines Landes wird von keinem einsichtigen Deutschen mehr bestritten. Die Stellung der deutschen Vertretung an der Abrüstungskonferenz zeigt das in der augenscheinlichsten Weise (...). Schliesslich dürfte es das noch nicht zugegebene Empfinden vieler deutscher Stellen sein, dass man sich mit der Judenverfolgung *in eine Sackgasse* verrannt hat. Neben allen andern Folgen, die dadurch im Ausland ausgelöst worden sind, soll man gegenwärtig im Verkehr mit bestimmten Ländern einen bedenklichen Rückgang der Ausfuhr gewisser Produkte feststellen, der auf den stillen Boykott einflussreicher jüdischer Kreise im Auslande zurückzuführen sei[58]».

Es liegt die Vermutung nahe, dass sich das Politische Departement in Bern und damit der schweizerische Bundesrat aufgrund der Berichte der

---

[57] Dinichert an Motta; Berlin, 31. März 1933 (Zusatz vom 1. April 1933) *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[58] Dinichert an Motta; Berlin, 11. Mai 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

schweizerischen Gesandtschaft aus Berlin kaum ein Bild machen konnte, das der Dramatik der Ereignisse in Deutschland um den 1. April 1933 entsprach. Wie weit sich tatsächlich der Bundesrat in seinen nun folgenden Entscheidungen auf die Berichte der schweizerischen Diplomaten abstützte, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Festzuhalten bleibt, dass der Bundesrat am 7. April 1933 durch den Bundesratsbeschluss über die Behandlung der politischen Flüchtlinge und am 20. April 1933 durch ein Kreisschreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an die Kantonsregierungen den aus Deutschland flüchtenden Juden den Status von «Politischen Flüchtlingen» zum erstenmal absprach, wenn diese nicht infolge politischer Tätigkeit verfolgt wurden. Der Boykott der Juden, so wurde ausdrücklich festgestellt, gelte nicht als politischer Grund[59]. Weiter festzuhalten bleibt, dass nach dem 11. Mai 1933 bis Ende 1934 aus der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin keine Berichte mehr nach Bern gelangten, in denen wesentliche neue Aspekte zum Thema Judenverfolgung dargestellt worden wären, ja, dass über weite Zeiträume Hinweise zu diesem Thema aus Berlin überhaupt fehlten.

Die Schlussfolgerungen, die aus den Berichten der schweizerischen Diplomaten zum Thema «Judenverfolgungen im Dritten Reich» gezogen werden müssen, können denn leider nicht positiv sein und bestätigen völlig das düstere Bild der schweizerischen Judenpolitik, das schon Professor Carl Ludwig in seinem allseits bekannten «Ludwig-Bericht» entwarf.

Planmässigkeit oder Improvisation

Die Frage, ob Planmässigkeit oder Improvisation die nationalsozialistische Innen- beziehungsweise Aussenpolitik beherrrscht habe, ist seit Jahren in der NS-Forschung umstritten und wird gerade in neuester Zeit wieder heftig diskutiert[60]. Hitlers Vorgehen auf innen- und aussenpolitischer Ebene, so argumentieren die Befürworter der «Improvisationstheorie», sei bestimmt worden durch Zufälle und durch geschicktes Ausnützen sich bietender günstiger Gelegenheiten. Genauso wie die Durchsetzung der Diktatur im Innern, habe sich auch der Weg zur äussern Expansion «durchaus nicht nur in regelmässigen und wohlberechneten Stufen» vollzogen. Er habe «vielmehr über zufällige Erfolge und unberechenbare Rückschläge» geführt[61]. Adolf Hitler wird so zum «geschickten Opportunisten», zum «geduldigen Staats-

---

[59] Vgl. A. HÄSLER, *Das Boot ist voll*, S. 17f.; – C. LUDWIG, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart*, S. 54f.

[60] Vgl. *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkrieges?* Hrsg. von G. NIEDHART, Darmstadt 1976; – M. FUNKE, *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Aussenpolitik des Dritten Reiches.* Düsseldorf 1976, u. a.

[61] D. ROSS, *Hitler und Dollfuss. Die deutsche Österreich-Politik 1933–1934.* Hamburg 1966, S. 258.

mann, der nie die Initiative ergriff, sondern auf Gelegenheiten wartete, die andere ihm schufen[62]».

Die Befürworter der Planmässigkeits-Theorie führen dagegen ins Feld, es lasse sich wohl nur schwer widerlegen, dass Adolf Hitler *von allem Anfang an* zielgerichtet seine Ideen zu verwirklichen versucht habe. Selten habe «ein Mensch am Leitziel seiner Politik von der ersten Programmschrift bis zum letzten Testament so fanatisch festgehalten (...) wie Hitler[63]». Auf innen- wie aussenpolitischer Ebene könne geradezu von einem Aggressionsmodell gesprochen werden, an welches sich Hitler auf seinem Weg in den Zweiten Weltkrieg mit der ihm eigenen Beharrlichkeit gehalten habe[64].

Es kann selbstverständlich nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit sein, ein endgültiges Urteil über Planmässigkeit beziehungsweise Improvisation der Hitlerschen Innen- und Aussenpolitik abzugeben. Dazu reicht die Quellengrundlage, die hier verarbeitet werden konnte, sicher nicht aus. Diplomatische Berichte, wie sie im vorliegenden Aufsatz im Mittelpunkt stehen, können im besten Fall gewisse Hinweise für oder gegen die Wahrscheinlichkeit der einen oder der anderen These geben. Als solche Hinweise, gegeben aus der Sicht der Diplomaten eines nicht direkt beteiligten, neutralen Kleinstaates, sollen die nachfolgenden Untersuchungen verstanden werden.

Als Fallstudien sollen hier zwei Ereignisse aus den Jahren 1933 und 1934 untersucht werden, denen auch in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder grosse Beachtung geschenkt worden ist: Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 und der sogenannte «Röhm-Putsch» vom 30. Juni 1934. In dieselbe Reihe könnte, wie bereits zeitgenössische Beobachter festgestellt haben, auch die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuss gestellt werden. Auf dieses (im Grunde aussenpolitische) Ereignis soll allerdings an dieser Stelle nur am Rande eingegangen werden, hauptsächlich um zu zeigen, dass auch hier das Urteil der Diplomaten in Berlin nicht viel anders lautete als in den beiden nun zu untersuchenden Fällen:

Gerade um den *Reichstagsbrand* vom 27. Februar 1933 sind in der historischen Forschung der letzten Jahre wiederum beträchtliche Meinungsverschiedenheiten entstanden. Nachdem man lange Zeit allgemein angenommen hatte, die Nationalsozialisten seien als Urheber des Brandes anzusehen, überraschte zu Beginn der sechziger Jahre Fritz Tobias die Fachwelt mit seiner «Alleintäterschafts-Theorie»: Nicht, wie angenommen, die Nationalsozialisten selber, sondern der holländische Kommunist Marinus van der Lubbe habe im Alleingang das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt[65].

---

[62] Zitiert nach H. Booms, *Der Ursprung des Zweiten Weltkrieges – Revision oder Expansion?* In: *GWU* 6, 1965, S. 331. Booms vertritt in diesem Aufsatz die Planmässigkeits-Theorie.

[63] Ebenda S. 351.

[64] Ebenda S. 334ff.

[65] F. Tobias, *Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit.* Rastatt 1962; – H. Mommsen,

Ein internationales Forscher-Team hat sich in der Zwischenzeit an die Arbeit gemacht, die Hintergründe des Reichstagsbrandes noch einmal auf wissenschaftlicher Basis zu untersuchen[66]. Aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen zeigt sich klar, dass Fritz Tobias' «Alleintäterschafts-Theorie» den neuesten Erkenntnissen der Reichstagsbrand-Forschung nicht standhalten kann.

Die schweizerische Diplomatie stellt sich in der Frage des Reichstagsbrandes eindeutig auf die Seite der Befürworter einer NS-Selbsttäterschaft. Ohne konkrete Schuldbeweise vorlegen zu können, stand der schweizerische Gesandte in Berlin, Paul Dinichert, von Anfang an den nationalsozialistischen Darstellungen des Tathergangs äusserst skeptisch gegenüber. Als Folge der Schwierigkeiten, sich verlässliche Informationen verschaffen zu können, und im Hinblick auf die Gerüchte, die sich in Berlin nach dem 27. Februar 1933 zu jagen begannen, wartete Dinichert indessen bis zum 2. März zu, ehe er Bundesrat Motta ein erstes Mal recht vorsichtig über die Reichstagsbrand-Affäre informierte: «Ich war, unter dem unmittelbaren Eindrucke dieses aufsehenerregenden Ereignisses, bereits am Dienstag im Begriffe, Ihnen (Motta) zu schreiben, dies umsomehr, als in der letzten Zeit immer wieder die Frage in mir aufstieg, ob die Regierung denn nicht mit dem Feuer spiele. Nun hatten wir das erste Feuer auflodern sehen, dem die weitestgehenden Abwehrmassnahmen augenblicklich folgten. Welches waren aber die Schlüsse, die ich Ihnen gegenüber aus dieser aussergewöhnlichen, trotz allem überraschenden Lage ziehen sollte? Das war mir während der beiden letzten Tage ganz unklar, und heute noch darf ich kaum mehr behaupten, als dass es in mir zu dämmern anfängt. Aber heute noch muss ich zum Teil auf Tatsachen abstellen, die nachzuprüfen ich derzeit nicht in der Lage bin[67].» Im weiteren stellte Dinichert fest, dass sich Deutschland nach Angaben der Reichsregierung am 27. Februar 1933 unmittelbar vor einer kommunistischen Revolution befunden habe. Bereits jetzt deutete der schweizerische Gesandte jedoch an, dass vielerorts Zweifel an dieser offiziellen Version entstanden seien. Man frage sich vor allem unter den Ausländern in Berlin, ob es sich bei der Brandlegung im Reichstagsgebäude nicht etwa um eine «provokatorische Missetat[68]» der Nationalsozialisten gehandelt haben könnte.

Auch die unmittelbar nach dem Brand entstandene Frage, wer denn am Reichstagsbrand ein Interesse gehabt haben könnte, beschäftigte den

---

Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: *VfZ.* 12, 1964; – A. BERNDT, *Zur Entstehung des Reichstagsbrands.* In: *VfZ.* 23, 1975.

[66] W. HOFER, E. CALIC, K. STEPHAN, F. ZIPFEL (Hrsg.), *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation.* Band I, Berlin 1972; – W. HOFER, E. CALIC, CH. GRAF, *Der Reichstag brennt noch immer.* In: *Die Weltwoche,* Nr. 27, 1972 ff.; – W. HOFER, CH. GRAF, *Neue Quellen zum Reichstagsbrand.* In: *GWU* 2, 1976. W. HOFER, E. CALIC, CH. GRAF, F. ZIPFEL (Hrsg.) *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation.* Band II, München, New York, London, Paris 1978.

[67] Dinichert an Motta; Berlin, 2. März 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34].*

[68] Ebenda.

Schweizer Gesandten. Der gewiegte Diplomat Dinichert unterliess es allerdings vorerst noch, auf diese Frage eine eindeutige Antwort zu geben. Einerseits, so teilte er Bundesrat Motta mit, könne er kaum glauben, dass die Kommunisten und die «sonst klugen Moskauer» so politisch widersinnig hätten handeln können. Andererseits sei jedoch einzuwenden, dass sich den Nationalsozialisten für eine Herausforderung der Kommunisten andere, weit weniger aufwendige Wege geboten hätten; «ein schlecht gezielter Schuss auf den höchsten Führer» wäre, so Dinichert, «denn doch das gegebenere gewesen[69]».

In seinem ersten Bericht zum Thema «Reichstagsbrand» hütete sich demnach, wie die eben zitierten Ausschnitte zeigen, Minister Dinichert davor, eindeutig für oder gegen die Kommunisten beziehungsweise Nationalsozialisten Stellung zu beziehen. Eine solche klare Stellungnahme konnte allerdings, bei der in Deutschland herrschenden Nachrichtensperre, von ihm zu diesem Zeitpunkt auch nicht erwartet werden. Dinichert hielt sich, was die einzelnen Fakten betraf, mehrheitlich an die offiziellen Angaben der deutschen Behörden. Immerhin vergass der schweizerische Gesandte nicht, deutlich darauf hinzuweisen, dass sich in Berlin die Gerüchte um eine NS-Selbsttäterschaft hartnäckig hielten.

Bei aller gebotenen Vorsicht lenkte Dinichert aber doch bereits jetzt, am 2. März 1933, seine Reichstagsbrand-Berichterstattung in eine ganz bestimmte Richtung: Hinweise wie derjenige, dass die deutsche Regierung «mit dem Feuer spiele» oder Andeutungen, dass es in ihm «zu dämmern» anfange, mussten im Politischen Departement in Bern den Eindruck erwecken, dass die Gerüchte und Anklagen an die Adresse der Nationalsozialisten, die sich in Berlin und insbesondere in der ausländischen Presse[70] gebildet hatten, tatsächlich einen Kern der Wahrheit enthielten.

Was die grundsätzliche Bedeutung des Reichstagsbrandes betraf, war sich Dinichert bereits drei Tage nach dem Feuer völlig im klaren, dass es für die deutsche Regierung sehr wichtig sein würde, ob es ihr gelänge, die Kommunisten als tatsächliche Brandstifter zu entlarven oder nicht. Wenn die Regierung in der Tat als Retterin vor einem kommunistischen Umsturz aus den Untersuchungen herausgehen könnte, würde sie mit unerwarteten Sympathien aus dem In- und Ausland rechnen können. Falls es sich jedoch erweisen sollte, dass die deutsche Regierung an der Brandlegung am Reichstagsgebäude nicht unschuldig oder sogar mitverantwortlich wäre, für diesen Fall malte Dinichert ein äusserst trübes Bild für die weiteren Aussichten der Hitler-Regierung: «Wenn sich aber der Nationalsozialismus

---

[69] Ebenda.

[70] Vgl. G. PADEL, *Die politische Presse der deutschen Schweiz und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933–1939*. Stäfa 1951, S. 23f.; – E. DREIFUSS, *Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933–1939*. Frauenfeld, Stuttgart 1971, S. 44, 206; – R. KIESER, *Englands Appeasementpolitik und der Aufstieg des Dritten Reiches im Spiegel der britischen Presse*. Winterthur 1964, S. 21.

durch eine unberechtigte, gewaltsame Machtergreifung von vornherein ins Unrecht setzen und die schärfste Opposition breiter Massen im Lande selbst herausfordern würden, dann könnte ich schwerlich an den schliesslichen Erfolg einer solchen Regierung glauben. Die baldige wirtschaftliche Wiederaufrichtung, auf die keine Regierung verzichten kann, sähe sich durch die innern und äussern Widerstände vereitelt. Aber nicht nur das; diese allseitigen, tatsächlich übereinstimmenden Widerstände wären geeignet, auch aussenpolitisch Deutschland im höchsten Grade zum Schaden zu gereichen[71].»

Weitere eingehende Analysen zum Reichstagsbrand sandte der schweizerische Gesandte nach seinem Bericht vom 2. März 1933 nicht nach Bern. Aus verschiedenen Randbemerkungen lässt sich aber der Schluss ziehen, dass Dinichert noch im Verlauf des Jahres 1933 zur klaren Überzeugung gelangt sein muss, dass nicht die Kommunisten, sondern tatsächlich die Nationalsozialisten selber als Urheber des Brandes angesehen werden müssten. In diesem Sinne äusserte er sich jedenfalls am 24. Juni 1933 in einer kurzen Unterredung mit dem scheidenden britischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold: Die beiden Diplomaten unterhielten sich unter anderem über eine aktuelle deutsche Propagandameldung, wonach über Berlin ausländische Flugzeuge aufgetaucht seien, die Flugblätter in grossen Mengen abgeworfen hätten. Schon wiederholt hatte die nationalsozialistische Presse solche und ähnliche Meldungen verbreitet, die dann von der deutschen Regierung auch prompt zum Anlass genommen wurden, die Stärkung der eigenen militärischen «Verteidigung» und, allem voran, den Aufbau einer deutschen Luftwaffe zu fordern[72]. Seltsam an solcherlei Meldungen war indessen, dass nur selten Zeugen für entsprechende Verletzungen des deutschen Luftraumes gefunden werden konnten. Auch jetzt, am 24. Juni 1933, musste Minister Dinichert feststellen, dass – obwohl die Berliner Zeitungen voll von entsprechenden Meldungen waren – keiner aus seinem Bekanntenkreis weder Flugzeuge gehört noch gesehen hatte. Es handele sich hier offensichtlich um eine List der deutschen Propaganda, urteilte der schweizerische Gesandte; er stimme vollkommen mit seinem britischen Kollegen Sir Horace Rumbold überein, wenn dieser feststelle, «... qu'il doit s'agir, ‹*comme au Reichstag*›, d'un coup monté[73]».

Ein letztes Mal kam Dinichert am 11. Januar 1934, kurz nach der Hinrichtung des angeblichen Brandstifters van der Lubbe, auf den Reichstagsbrand zu sprechen. In einer Unterredung mit dem holländischen Gesandten in Berlin, Graf Limburg Stirum, stellte er fest, dass die Hinrichtung Lubbes nach Ansicht der meisten Diplomaten ungesetzlich und unmenschlich gewesen sei. Dinichert zeigte sich erstaunt darüber, dass van der Lubbes Gnadengesuch abgelehnt worden war, und zog daraus den Schluss: «Nous avons

---

[71] Dinichert an Motta; Berlin, 2. März 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[72] Dinichert an Motta; Berlin, 24. Juni 1933 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 34]*.

[73] Ebenda.

été d'accord, mon collègue et moi, pour constater que l'exécution de Lubbe était certainement une nouvelle erreur du gouvernement actuel, au point de vue extérieur tout au moins. Le décapité emporte avec lui un pesant secret. Qui y avait un intérêt? – La question ne peut manquer de surgir[74].»

Auch in der Frage des «*Röhm-Putsches*» weist die Berichterstattung Dinicherts aus Berlin eine deutlich anti-nationalsozialistische Tendenz auf. Als Folge der auch jetzt wieder rigoros gehandhabten Nachrichtensperre konnte der schweizerische Gesandte allerdings selbst am 4. Juli 1934 keine verbindliche Antwort auf die Frage geben, ob tatsächlich eine Verschwörung stattgefunden habe oder ob eine solche im Begriffe war, konkrete Formen anzunehmen. «Was man zu wissen glaubt», berichtete Dinichert, «ist, dass der temperamentvolle und ehrsüchtige SA-Stabschef Röhm mit den Führern seiner nächsten Umgebung seit längerer Zeit verlangte, mit einem Teile ihrer Truppen in die Reichswehr so oder anders eingegliedert zu werden. Dabei hätte er wohl die Meinung gehabt, dass dann Röhm Reichswehrminister und seine Getreuen hohe Offiziere der Reichswehr geworden wären. Diesem immer stärker werdenden Drängen glaubte Hitler, trotz angeblich bestimmter Versprechungen seinerseits nicht nachgeben zu sollen. Hat nun das Verlangen der Röhm-Leute in der letzten Zeit Formen angenommen, die Hitler mit Treue- und Gehorsamschwur nicht mehr vereinbar schienen? Vielleicht. Jedenfalls waren ihm und einigen seiner Vertrauten diese Brüder unbequem geworden und von da zum Entschlusse, sich ihrer kurzer Hand zu entledigen, ist der Weg bei der nationalsozialistischen Führergesinnung nicht weit[75].»

Trotz rigoroser Pressezensur versuchte Dinichert am 6. Juli 1934 die Lage, die sich nach dem «Röhm-Putsch» in Deutschland bot, gesamthaft zusammenzufassen: Hitlers nationalsozialistisches System und Programm, so meldete er nach Bern, habe durch die Ereignisse des 30. Juni einen schweren Schlag erlitten. Zehntausende, vielleicht Hunderttausende von SA-Männern fühlten sich betrogen. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr zeichne sich für die Hitler-Regierung ab[76]. Die Aktion habe sich zweifellos in erster Linie gegen Röhm und seine Komplizen gerichtet, doch seien auch «andere, die unbequem waren oder werden konnten» bei dieser Gelegenheit einfach mitbeseitigt worden. Selbst irrtümlich Erschossene soll es unter den Opfern des 30. Juni gegeben haben[77].

Mit diesen Äusserungen vom 6. Juli 1934 und mit der bereits zwei Tage vorher nach Bern übermittelten, deutlich ironischen Bemerkung, wieder einmal sei Deutschland, «*wie nach dem Reichstagsbrande*, gerettet worden[78]»,

---

[74] Dinichert an Motta; Berlin, 11. Januar 1934 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 35]*.
[75] Dinichert an Motta; Berlin, 4. Juli 1934 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 35]*.
[76] Dinichert an Motta; Berlin, 6. Juli 1934 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 35]*.
[77] Ebenda.
[78] Dinichert an Motta; Berlin, 4. Juli 1934 *[BAr E 2300 Berlin, Archiv-Nr. 35]*.

machte Dinichert das Politische Departement nur wenige Tage nach dem «Putsch» auf die Zusammenhänge aufmerksam, die ganz offensichtlich zwischen den Erschiessungen vom 30. Juni 1934 und dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 bestanden. Wie die neuere Forschung bestätigt, haben es die Nationalsozialisten tatsächlich nicht versäumt, während der «Niederschlagung» der angeblichen SA-Revolte auch unliebsame Parteigenossen und gefährlich gewordene Mitwisser um die Brandlegung am Reichstagsgebäude umzubringen[79]. Es kann denn heute nicht mehr daran gezweifelt werden, dass zwischen den beiden Ereignissen klare Verbindungen gesehen werden müssen, Beziehungen, die im übrigen auch schon Dinicherts berühmter Kollege André François-Poncet betont hat, als er in seinen Erinnerungen im Zusammenhang mit der Ermordung Engelbert Dollfuss' schrieb: «Das Verbrechen war so verübt worden, dass der Firmenstempel des Hitlerregimes sofort erkennbar war, der gleiche, den der Reichstagsbrand und die Erschiessung Röhms und seiner Anhänger trugen[80].»

Dieses letzte Zitat François-Poncets, dem sich die Berichte der schweizerischen Diplomaten weitgehend anschliessen, spannt einerseits den Bogen, der vom Reichstagsbrand über den «Röhm-Putsch» bis zur Ermordung Dollfuss' reicht und ist andererseits als weiteres Indiz für die eingangs des Abschnitts erwähnte Planmässigkeits-These zu werten. Entgegen verschiedenen in der historischen Forschung aufgestellten Theorien[81] beziehen die Berichte der schweizerischen Diplomaten in der Frage von Planmässigkeit beziehungsweise Improvisation der Hitlerschen Innen- (und Aussen-)Politik in den beiden Jahren nach der «Machtergreifung» klar Stellung, und zwar so, dass an einem planmässigen Vorgehen der Nationalsozialisten nicht gezweifelt werden kann. Sowohl Reichstagsbrand wie auch «Röhm-Putsch» (und die Ermordung Dollfuss') werden durch die schweizerische Diplomatie eindeutig als genau einstudierte, verbrecherische Aktionen der Nationalsozialisten dargestellt. Von «Irrtümern» oder «Zufällen» kann für Dinichert und seine Kollegen im Zusammenhang mit allen drei hier erwähnten Fällen keine Rede sein; trotz streng gehandhabter Nachrichtensperre wurde die Rolle der Nationalsozialisten durch die schweizerischen Diplomaten eindeutig durchschaut.

* * *

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass auch heute noch – Jahre nach dem Erscheinen der diplomatischen Akten der Engländer, Franzosen, Italiener usw. – die Berichte der schweizerischen Diplomaten wesentliche Bei-

---

[79] Vgl. W. Hofer, E. Calic, K. Stephan, F. Zipfel (Hrsg.), *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation*, S. 21; – Ch. Bloch, *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*. Frankfurt/M., 1970, S. 165ff.; – Ch. Graf, *Putsch, Brand, trübes Geschäft. Zum 40. Jahrestag der sogenannten «Röhm-Revolte»*. In: *National-Zeitung*, Nr. 200, 29. Juni 1974.

[80] A. François-Poncet, *Botschafter in Berlin*, S. 266.

[81] Vgl. Anm. 61 und 62.

träge zur Erhellung umstrittener historischer Fragen leisten können. Es dürfte sich zweifellos lohnen, die schweizerische diplomatische Korrespondenz *systematisch* aufzuarbeiten, um einerseits wichtige Hinweise zu umstrittenen Forschungsproblemen leisten zu können, um aber andererseits auch die Hintergründe der schweizerischen Aussenpolitik besser kennenlernen und die Handlungsmotive der verantwortlichen Leiter verstehen zu können.

Die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit sollen nun zum Schluss noch einmal thesenartig zusammengefasst werden. Die Thesen entsprechen den Ergebnissen, die in der Dissertation, die dem vorliegenden Aufsatz voranging, erarbeitet worden sind. Sie sind bewusst pointiert formuliert und stellen sicher keine endgültigen Lösungen der aufgeworfenen Fragenkomplexe dar. Weitere Arbeiten, insbesondere die gründliche Untersuchung der schweizerischen diplomatischen Korrespondenz *nach* 1934, könnten zusätzliche Informationen bringen – Hinweise zur Ergänzung (oder vielleicht zur Modifizierung) der hier gemachten Beobachtungen und zum Verständnis weiterer Probleme der schweizerischen und der internationalen Politik in der Zwischenkriegszeit.

Thesen

1. Die Darstellung und Beurteilung der beiden schweizerischen Gesandten in Berlin zur Zeit des Dritten Reiches, Paul Dinichert und Hans Frölicher, ist in der schweizerischen Geschichtsschreibung unvollständig und neigt – hervorgerufen durch fehlende oder einseitige Nachforschungen – allzustark zur Schwarzweissmalerei. Während Paul Dinichert *zu positiv* beurteilt wird und seine Schwächen, deren negative Einflüsse auf den Gesandtschaftsbetrieb in Berlin und auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen ganz allgemein nachweisbar sind, verschwiegen werden, werden Hans Frölichers Fehlleistungen allzustark hervorgehoben und seine wichtigen Verdienste als Vertreter der Schweiz in der deutschen Hauptstadt geschmälert oder ganz in Abrede gestellt. Um Hans Frölicher gerecht zu werden, sollte sein Wirken in Berlin verstärkt im Zusammenhang mit der negativen Entwicklung in Deutschland seit 1933 ganz allgemein, mit den parallel dazu sich ständig verschlechternden deutsch-schweizerischen Beziehungen und nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem *ausserordentlich undankbaren «Erbe»*, das er im Frühjahr 1938 in der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin anzutreten hatte, gesehen werden.

2. Das Hitler-Bild in den Berichten der schweizerischen Diplomaten zur nationalsozialistischen «Machtergreifung» in Deutschland in den Jahren 1933 und 1934 ist keineswegs so eindeutig negativ, wie dies in der schweizerischen Geschichtsschreibung bisher dargestellt worden ist. Wie die Mehrzahl der ausländischen Diplomaten im Dritten Reich, glaubten auch die schweizerischen Vertreter 1933/34, dass sich mit Hitler das *gemässigte* Lager innerhalb der NSDAP durchgesetzt habe und dass – bei aller grundsätzlichen Ablehnung des Nationalsozialismus – von zwei Übeln zumindest das kleinere

eingetroffen sei. Das durch die nationalsozialistische Propaganda bewusst angestrebte Bild eines gemässigten, zur konstruktiven Zusammenarbeit bereiten «Führers» fand demnach auch in den Berichten der schweizerischen Diplomaten Aufnahme.

Eine eindeutige und endgültige Abkehr und Verurteilung Hitlers erfolgte in den Berichten der schweizerischen Diplomaten erst im Anschluss an den sogenannten «Röhm-Putsch» vom 30. Juni 1934 und an die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss vom 25. Juli 1934.

3. Entgegen den Darstellungen in der schweizerischen Geschichtsschreibung hat insbesondere der Chef der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, Paul Dinichert, allzulange die Auffassung vertreten, Hitlers nationalsozialistischer Staat werde in nicht sehr ferner Zeit an seinen eigenen Unzulänglichkeiten, vor allem an der Nichtbewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zerbrechen. Die NS-Wirtschaftspolitik wurde durch Paul Dinichert allzu pessimistisch beurteilt; deutlich feststellbare wirtschaftliche Aufwärtstrends wurden als Zufallserfolge der Nationalsozialisten herabgemindert.

4. Schwere Unterlassungen begingen alle hier untersuchten schweizerischen Diplomaten im Zusammenhang mit der NS-Judenpolitik. Die Judenverfolgungen im Dritten Reich wurden zwar als «bisher bedenklichste Erscheinung der sogenannten nationalen Erhebung» verurteilt, in ihren Konsequenzen aber eindeutig unterschätzt. So hat wohl der schweizerische Bundesrat nicht zuletzt aufgrund der Berichterstattung der Diplomaten im Ausland am 7. (beziehungsweise 20.) April 1933 entschieden, dass der Judenboykott vom 1. April des gleichen Jahres nicht genüge, um aus Deutschland ausgewanderten Juden in der Schweiz den Status von «Politischen Flüchtlingen» zuzusprechen. Das Verhalten der schweizerischen Diplomaten in der Judenfrage in den Jahren 1933 und 1934 passt somit völlig ins bisher gültige, wenig ruhmreiche Bild der Haltung der Schweiz gegenüber nationalsozialistisch verfolgten Juden, die mit den Bemühungen der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Visums für deutsche Pässe und schliesslich mit der Kennzeichnung jüdischer Pässe im Jahr 1938 einen weiteren Tiefpunkt erreichte.

5. Der in der wissenschaftlichen Literatur zum Teil noch immer vertretenen These, wonach die nationalsozialistische Innen- und Aussenpolitik speziell in ihrer Frühphase in nicht geringem Masse durch unbedachte Sofortentscheidungen und improvisiertes Reagieren auf sich zufällig bietende Gelegenheiten gekennzeichnet worden sei, wird in den schweizerischen Gesandtschaftsberichten eindeutig widersprochen. Die in diesem Zusammenhang in der Literatur am häufigsten erwähnten Beispiele aus den Jahren 1933 und 1934, der Reichstagsbrand, der «Röhm-Putsch» und die Ermordung Dollfuss' stellten die schweizerischen Diplomaten – in weitgehender Übereinstimmung mit ihren ausländischen Kollegen – als genau vorausgeplante, verbrecherische Aktionen der Nationalsozialisten dar.